



Pressemitteilung

Unterschriftenübergabe aus dem Weserbergland an die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung

Datum: 28. November 2018

Der SPD-Bundestagsabgeordnete aus dem Weserbergland Johannes Schraps übergab während der Sitzwoche des Bundestages in Berlin eine Liste mit vielen Unterschriften aus dem Weserbergland an die Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung Dr. Bärbel Kofler. Die Unterschriften wurden im Rahmen der bundesweiten Kampagne „Menschen- und Arbeitsrechte weltweit verbindlich schützen!“ gesammelt, um für die Achtung der Menschen- und Arbeitsrechte zu werben und darauf aufmerksam zu machen, dass es in vielen Ländern keine oder nur unzureichende Rechtsstandards gibt.

Schraps erklärt: „In unserer einen Welt müssen wir dafür sorgen, dass weltweit Standards gelten - zum Schutz der Menschenrechte genauso wie zum Schutz der Umwelt. Es ist ein ermutigendes Signal, dass so viele Bürgerinnen und Bürger aus dem Weserbergland dies ebenfalls für wichtig halten und mit ihrer Unterschrift unterstrichen haben. Ich habe die Unterschriftenliste, die mir vom Weltladen-Verein in Hameln übergeben wurde, gerne mit nach Berlin genommen und bedanke mich herzlich beim Weltladen und allen Beteiligten für die Aufmerksamkeit, die damit auf dieses wichtige Thema gelenkt wird. Auch weil die Wahrung von Menschen- und Arbeitsrechten sehr eng mit der Frage zusammenhängt, wie nachhaltiger Konsum ist.“

„Globalisierung muss gerecht gestaltet werden. Die Schere zwischen armen und reichen Ländern darf nicht weiter auseinanderklaffen. Wir wollen für die Menschen in unseren Partnerländern gute Zukunftsperspektiven schaffen. Dafür sind Frieden und Sicherheit, gute Bildung, gute Gesundheitssysteme und gute Arbeit die Grundlagen“, macht Schraps deutlich.

„Die SPD setzt sich mit aller Kraft für faire und gute Arbeitsbedingungen weltweit ein. Wir fordern, dass deutsche Unternehmen mehr Verantwortung dafür übernehmen, dass in ihren globalen Produktions- und Lieferketten die Menschenrechte eingehalten werden und menschenwürdige Arbeitsbedingungen herrschen. Dazu haben wir bereits im Dezember 2016 den ‚Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte‘ verabschiedet.“